



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 02/2014

Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste / 1. Tagung 4. Landesparteitag

Als Delegierte unseres Kreisverbandes nahm ich vom 24.-26. Januar an der Vertreterversammlung zur Wahl der Landesliste sowie an der 1. Tagung des Landesparteitages in Potsdam teil. Wir, die Delegierten, hatten die schwere Aufgabe die Landesliste der Kandidaten für die Landtagswahlen im September sowie einen neuen Landesvorstand zu wählen. 46 Listenplätze waren auf der Landesliste zu vergeben. Im Vorfeld hatten bereits die Kreisverbände, Jugendverband und Landesvorstand ihre Spitzenkandidaten gewählt. Natürlich wollten sie alle ihre Spitzenkandidaten möglichst weit vorn auf der Landesliste platzieren. Da die Wahlen auch quotiert erfolgten, war ein nicht ganz einfaches Wahlverfahren erforderlich, um es mal vorsichtig auszudrücken. Interessant war eine Ampel am Rednerpult, die allen Kandidaten das Ende ihrer Redezeit anzeigte. Bei Rot wurde ausnahmslos das Mikrofon

Aus dem Inhalt:

Vertreterversammlung / Landesparteitag	S.1
Eine Frauenquote für bessere Männer?	S.1
Meine Eindrücke von der Vertreterinnenversammlung	S.2
Die Linke und Europa	S.3
Unwort des Jahres	S.3
Friedensgruppen schlagen Alarm	S.4
Meine Arbeit als Mentorin	S.5
Gauck feiert Neoliberalismus	S.5
Leserbrief	S.5

abgeschaltet. Christian Görke stellte sich als der Spitzenkandidat der Landesliste sowie auch als einziger Kandidat für den Landesvorsitz vor. Christian Görke, seit kurzem Finanzminister, ist noch nicht allen Linken ein Begriff. Auch fand die Ämterhäufung des Spitzenpolitikers nicht nur Zustimmung unter den Anwesenden. Als bisheriger Fraktionsvorsitzender der Linken machte er die Ergebnisse von Rot Rot im Land deutlich. Brandenburg hat bundesweit Anerkennung gefunden. Die Linke kann Finanzen, Umwelt, Wirtschaft und mehr, betonte Christian. Er wolle beweisen, dass die Linken in Regierungen immer verlieren, kein Naturgesetz sei. Deutlich verwahrte er sich gegen die Politik der CDU in Brandenburg. Mit 86% wurde

Einladung zum Frauentag

Zu unserer traditionellen Frauentagsveranstaltung laden der Stadtverband und die Fraktion DIE LINKE in der SVV recht herzlich alle Genossinnen und Sympathisantinnen sowie interessierte Männer ein.

Die Veranstaltung findet **am 8. März von 14 bis 16 Uhr im KOMM**, Julian-Marchlewski-Ring 103 b statt. Die Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Daniela Trochowski, wird an dieser Veranstaltung teilnehmen und sicher viel Interessantes aus ihrer Tätigkeit berichten.

Wir freuen uns auf interessante Gespräche in lockerer Atmosphäre.

Doris Meyner

Eine Frauenquote für bessere Männer?

Was haben wir uns auf dem Landesparteitag mit einem komplizierten Wahlverfahren herumgeschlagen, um unsere Frauen quotiert in die Landesliste sowie den Parteivorstand zu bekommen. Dabei geht es auch anders. Schauen Sie sich einmal den Stadtverband der CDU in Schwedt an. Siehe da, sechs Herren und keine einzige Frau. Woran lag es? Ist Frau zu klug für die CDU und sagt sich, eure Politik macht ihr Männer mal alleine. Oder glauben diese Herren wirklich immer noch, es geht auch ohne Frauen? Neulich konnte ich in einem Artikel unter dem Thema Geschlechtergerechtigkeit des schwedischen Ökonomen Torsten Persson, Professor an der Universität Stockholm lesen, dass die Frauenquote in der Wirtschaft womöglich auch die besseren Männer beförderte. Natürlich, da wo sich kompetente Frauen in Führungspositionen durchsetzen, müssen sich auch ihre männlichen Kollegen etwas mehr bewegen. Sonst haben sie auf Dauer keine Chance auf einen guten Posten. Nach langem Zögern hat sich endlich die Bundespolitik dazu durchgerungen. Die Quote kommt: in der Arbeitsgruppe Familie, Frauen und Gleichstellungspolitik haben Union und SPD sich auf eine Frauenquote geeinigt. Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen müssten ab 2016 einen weiblichen Anteil von mindestens 30 Prozent aufweisen. Das wurde auch Zeit. Natürlich wollen wir Frauen nicht nur wegen der „Quote“ gewählt werden. Unsere Leistungen haben wir vielfach unter Beweis gestellt. Aber wenn die Männer nicht anders wollen, dann muss die Quote sein.

Sylvia Anklam

er als Spitzenkandidat der Landesliste und mit 77,27 % zum Landesvorsitzenden gewählt. Sollte die Linke nach den Landtagswahlen wieder in eine Koalition mit der SPD gehen, so machte er diese Entscheidung von einer Urabstimmung des Landesverbandes abhängig. Großen Beifall gab es für den zurückgetretenen ehemaligen Justizminister Volkmar Schöneburg, der sich erst vor kurzem entschlossen hatte wieder für den Landtag zu kandidieren. Von unseren Kandidaten aus der Uckermark hat Isabelle Vandre mit Platz 9 auf der Landesliste die besten Chancen für den neugewählten Landtag. Unser Spitzenkandidat Heiko Poppe mit Platz 26 und Madlen mit dem 39. Platz werden es schwer haben über die Liste in den Landtag einzuziehen. Die Wahlliste wurde am Samstagnachmittag mit 91,26 Prozent bestätigt. „Mit diesem Team werden wir der politischen Konkurrenz einen engagierten Wahlkampf bieten. Unser Ziel bei der Landtagswahl bleibt 25% plus X“. Das ist machbar“, so Christian Görke.

Bei den Wahlen zum Landesvorstand freute ich mich, dass unsere Anne-Frie-

da Reinke aus Prenzlau als jüngste Kandidatin mit einem guten Ergebnis von 82,3% in den neuen Landesvorstand gewählt wurde. Vorher hatte sich Stefan Ludwig als der bisherige Landesvorsitzende aus dieser Funktion verabschiedet. Den für mich stärksten Auftritt auf dem Landesparteitag hatte Helmuth



Foto: Anne-Frieda Reinke

Markov, der zur Europapolitik sprach. Sehr deutlich sprach er sich in seiner emotionalen Rede für ein starkes Europa aus. Er sparte dabei auch nicht mit kritischen Worten, zeigte die ganze Widersprüchlichkeit der herrschenden EU Politik. Ja, die EU steht auch für Abschottung, eine Festung Europa, sie hat ein Demokratiedefizit; aber sie ist nicht undemokratisch. Ein Nein in der Debatte zur EU wäre verheerend. Markov warb für ein starkes Europaparlament. Veränderungen in der EU können nur innerhalb des Parlamentes erreicht werden.

Als Gast zum Parteitag trat unsere Vorsitzende Katja Kipping auf. Sie verwies darauf, dass der Kapitalismus noch nicht das Ende der Geschichte sei. Kritik übte sie am Koalitionsvertrag sowie an der aktuellen Außenpolitik. Die Leistungen der Linken in Brandenburg, wie die Einführung des Mindestlohnes für öffentliche Aufträge, wurden positiv herausgestellt. Pünktlich ging am Sonntag gegen 14.00 Uhr der Parteitag zu Ende.

Sylvia Anklam

Meine Eindrücke von der Vertreterinnenversammlung

Am 24. und 25. Januar 2014 fand in Potsdam die Vertreterinnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl im September 2014 statt. Ich trete in diesem Jahr das erste Mal für den Landtag im Wahlkreis Schwedt, Amt Gartz und Amt Oder-Welse an. Für die Uckermark bin ich jedoch schon viele Jahre im Kreistag tätig. Ich denke, ich habe mich gut auf diese Veranstaltung vorbereitet. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde Heiko Poppe als Spitzenkandidat für den Landkreis Uckermark für uns Linke gewählt. Also wusste ich, dass ich nicht viele Chancen auf einen guten Listenplatz haben werde. Nachdem ich mich dann am zweiten Veranstaltungstag der Vertreterinnenversammlung vorgestellt habe, war schon absehbar, dass es dann auch für mich so sein wird. Ich kam nur auf Listenplatz 39 von insgesamt 46 Listenplätzen. Im jetzigen Landtag gibt

es 25 Abgeordnete bei den Linken, so dass meine Chancen über diesen Listen-



Foto: Anne-Frieda Reinke

platz in den Landtag zu kommen aussichtslos sind. Ich bin enttäuscht über dieses Ergebnis, was mich aber umso mehr anspricht, ein Direktmandat gegen Mike Bischoff zu gewinnen. Für Schwedt ist es an der Zeit, ein Linkes Direktmandat in den Landtag zu holen. Die Uckermark muss wieder im Landtag vertreten sein. Liebe Genossinnen und Genossen, das können wir nur gemeinsam schaffen. Ich brauche Euch, um mehr Gehör zu finden und bekannter zu werden. Ich stehe für linke soziale Gerechtigkeit, setze mich ein für Familien, Arbeitslose und bessere kommunale Finanzausstattung. Keine Familie soll Existenzängste haben, wenn sie sich für ein Kind entscheidet. Wir müssen damit aufhören, die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sondern die Arbeit muss finanziert werden. Ich freue mich auf einen spannenden Wahlkampf mit Euch.

Madlen Bismar

Die Linke und Europa

Der Leitantrag zum Programm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014 beginnt mit den Sätzen: „Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen. Aber was haben die Raubzüge der Großbanken, der Bürokratismus und die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mit verursacht. Viele verbanden mit der EU: mehr internationale Solidarität. Heraus gekommen sind mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Hetzer und mehr Menschenjagd in und an den Grenzen der EU. Immer mehr wurde die EU zu einem ungehemmten Kapitalmarkt. Immer mehr Gräben wurden aufgerissen, statt Hände zu rei-

chen...

Das jetzt so intensiv über diesen Leitantrag geredet wird, hat sicher auch damit zu tun, dass Gregor Gysi sich mit den Worten „Nicht ganz gelungen, zu national gedacht“ kritisch in der Öffentlichkeit dazu geäußert hat. Die Auseinandersetzung innerhalb der Linken zur Europäischen Union war auch auf dem letzten Bundesparteitag in Dresden deutlich zu spüren. Von den stärksten Kritikern wurde auch der Euro in Frage gestellt. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Die Linke bekannte sich zu Europa. Trotzdem muss sie sich mit der Politik der EU kritisch auseinandersetzen. Allein die dramatische Lage mit über 20 000 Toten an den EU-Außengrenzen seit Anfang der 1990er Jahre fordert einen grundlegenden Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik. Kein Verständnis habe ich jedoch mit solchen

Ansichten wie vom 19. Januar in der Jungen Welt zu lesen: „Wenn allerdings Gregor Gysi dem medialen Furor mit der Bemerkung entgegentritt, die europäische Integration sei eine »linke Idee, die werden wir verteidigen«, dann ist er so weit von der EU-Realität entfernt wie der übrige Mainstream. Außer in weltrevolutionären Überlegungen, die Gysi wohl nicht anstellt, waren die Vereinigten Staaten von Europa von jeher eine reaktionäre Idee vor allem des deutschen Imperialismus. So ist es auch heute. Daran ändert die Umformulierung eines Linke-Wahlprogramms keinen Deut“.

Da gebe ich dann doch Gregor Gysi Recht, wenn er sagt: "Für uns linke Internationalisten gibt es kein Zurück zum früheren Nationalstaat. Wir müssen Befürworter der europäischen Integration sein."

Sylvia Anklam

"Sozialtourismus" in politischer Debatte ächten

"Sozialtourismus" ist das Unwort des Jahres. Dazu erklärt der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn:

Diese Wahl ist eine Aufforderung an

alle, die mit Neid- und Angstkampagnen Menschen gegeneinander ausspielen wollen, ihr Hirn einzuschalten. Wer von "Sozialtouristen" spricht, würdigt Menschen herab, die auf der Suche nach Ar-

beit und einem besseren Leben ihre Heimat verlassen, und das in den wenigsten Fällen freiwillig. Das Unwort "Sozialtourismus" sollte in der politischen Debatte geächtet werden.

Leserbrief zu „Wahlvorschlag mit Lena, Eddy und Ural Memet“ (MOZ, 01./02. Februar 2014) (nicht veröffentlicht)

Schau an, schau an, die Lena Nitsche. Als sie im vergangenen Jahr im Bürgermeisterwahlkampf gegen den SPD-Amtsinhaber Jürgen Polzehl antreten wollte, haben auch wir, der Stadtvorstand der Linken, mit Frau Nitsche gesprochen. Da hatte sie nichts gegen unsere Unterstützung, fühlte sich aber auch der CDU nahe, ohne sich binden zu wollen. Auf unsere Frage, ob sie denn bereit wäre, bei den Kommunalwahlen für uns zu kandidieren, erklärte sie sich dazu einverstanden. Ich selbst habe Ende des vergangenen Jahres zu-

sammen mit unserem Fraktionsvorsitzenden der SVV noch mit Frau Nitsche gesprochen. Da war sie noch immer für eine Kandidatur bereit, hatte nur im Augenblick wenig Zeit. Erst vor ein paar Tagen, als sie wieder von einem Mitglied der Fraktion hinsichtlich der Kandidatur angesprochen wurde, lehnte sie ab. Vorläufig hätte sie keine Zeit, wäre aber bereit an unseren Veranstaltungen teilzunehmen. Jetzt ist Frau Nitsche Mitglied der SPD und kandidiert dort für die SVV und den Kreistag. Was sagt man dazu? Natürlich könnte man es

einfach als eine Watsche für die Linken abtun. Man kann sich aber auch fragen, ob das Verhalten der Frau Nitsche nicht ein Zeichen von Unreife für ein politisches Amt ist. Mit Aufrichtigkeit hat es jedenfalls nichts zu tun. Bleibt abzuwarten, ob die junge Frau in der SPD wirklich ihre politische Heimat gefunden hat, sich engagieren möchte oder einfach nur im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehen will.

Sylvia Anklam

Stadtvorstand Die LINKE Schwedt

Friedensgruppen schlagen Alarm

Am Donnerstag, dem 16. Januar 2014, stürzte bei Laubach in der Eifel ein Tornadokampffjet der Bundeswehr ab. Zum Glück hat es keine tödliche Katastrophe für Hunderttausende in der Region sondern nur einen Verkehrsstau gegeben. Nur wenige Flugsekunden entfernt befindet sich der Fliegerhorst Büchel. Dort sollen sich bis zu 20 Atombomben der USA befinden. Nicht allgemein bekannt ist, dass sich in den westlichen Bundesländern noch mehr Standorte mit US-Atomwaffen befinden.

Elke Koller vom Initiativkreis gegen Atomwaffen stellt fest, dass es eine Schande ist, dass sich die schwarz-rote Bundesregierung nicht im Koalitionsvertrag für den Abzug aller in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen einsetzt. „Damit werden NATO-Bündnisverpflichtungen mit nuklearer Abschreckung über die völkerrechtlich gebotene Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen gesetzt. Mit dieser fragwürdigen Sicherheitspolitik hat eine neues Wettrüsten schon begonnen und

die Gefahr eines zweiten Kalten Krieges wird heraufbeschworen.“ Ist es nur die Gefahr – oder befinden wir uns schon in ihm?

Hierzu passt auch, dass die Verteidigungsministerin die Bundeswehr mehr im Ausland zum Einsatz bringen will. Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN, über von der Leyen „Von der Familienfreundlichkeit zum scharfen Schießen.“

Monika Gohl

Gauk feiert Neoliberalismus

Wie aus den Medien bekannt, hat Bundespräsident Gauck in einer Grundsatzrede eine gesellschaftliche Orientierung auf mehr „Wettbewerb“ gefordert. Der Begriff des „Neoliberalismus“ sei in Deutschland zu unrecht negativ besetzt. Widerspruch kam von Linksparteichef Bernd Riexinger. „Neoliberalismus ist in Deutschland keine Staatsräson. Das Grundgesetz schützt den Sozialstaat und nicht den Alle-gegen-Alle-Kapitalismus. Die Freiheit ist dort zu Hause, wo soziale Gerechtigkeit herrscht.“ Für Dierk Hirschel, der den Bereich Wirtschaftspolitik beim ver-di-Bundesvorstand leitet, sind die wirtschaftspolitischen Bekenntnisse von Gauck ein Tiefpunkt. Im Neuen Deutschland vom 20. Januar 2014 äußert er sich unter der Überschrift „Schweigen ist Gold“. Daraus einige in-

teressante Gedanken:

„Wenn ein Pfarrer über Wirtschaft redet, dann ist manchmal das Schlimmste zu befürchten. Gaucks Bekenntnis zum Neoliberalismus war ein solcher Tiefpunkt. Der Präsident fordert mehr intellektuelle Redlichkeit und mehr historisches Bewusstsein im Umgang mit wirtschaftsliberaler Theorie und Praxis. Schön wäre es gewesen, wenn er diese Maßstäbe auch an sich selbst angelegt hätte. Der deutsche Sozialstaat war vielmehr Ergebnis eines hart umkämpften politischen Kompromisses. Zur intellektuellen Redlichkeit hätte es auch gehört, darauf hinzuweisen, dass der zeitgenössische Neoliberalismus inzwischen zu einer reinen Rechtfertigungsideologie der Superreichen, der Banken und Konzerne degeneriert ist.

Das neoliberale Plädoyer für mehr Markt und Wettbewerb hat seit Jahrzehnten nichts mehr mit der unternehmerischen Praxis zu tun. Großunternehmen missbrauchen regelmäßig ihre Marktmacht und schalten den Wettbewerb aus. Banken schlachten unwissende Kunden mit ausbeuterischer Kreditvergabe und manipulierten Preise aus. Regierungen verscherbeln Staatsvermögen und unterstützen damit den Raubzug privater Unternehmen. Privateigentum und Markt können schöpferisch wirken. Sie sind aber auch sozial blind. Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum ihren Zweck nicht oder nur mangelhaft erfüllen, braucht es andere Eigentumsformen und Verfahren.“

Monika Gohl

Von uns kommentiert:

Markov im Rechtsstreit um „Misthaufen“ nicht beteiligt (gekürzt)

Potsdam (MOZ) Gegenstand des Streits waren ein Misthaufen auf dem Gelände einer Pension sowie Unterstände für Pferde. Ein Nachbar der Pension ist Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (Linke). Im Gespräch mit dieser Zeitung hatte er bestätigt, dass er sich durch den Gestank des Misthaufens belästigt fühlt. Allerdings hatte er nicht, wie am 3. Januar 2014 in dem Beitrag „Markov verliert Misthaufen-Streit“ be-

richtet, eine juristische Auseinandersetzung gegen die Pensionsbesitzer geführt. Beteiligte des Rechtsstreits vor dem Verwaltungsgericht Potsdam waren die Pferdepensionsbesitzer Andreas und Jaqueline Heinzig und die Bauordnungsbehörde des Landkreis Oberhavel. Soweit in dem Beitrag der Eindruck entstanden sein sollte, Markov hätte im November 2010 die erste Anzeige gegen die Pferdepensionsbesitzer erstattet,

stellen wir hiermit klar, dass es erst im Laufe des bauordnungsbehördlichen Verfahrens von Markovs Familie (als mitbetroffene Grundstücksnachbarn) am 21. Oktober 2011 eine Sachstandsanhörung an den Landkreis Oberhavel gab.

Nicht immer alles glauben, was in der Zeitung steht.

Meine Arbeit als Mentorin

Am 25. Januar 2014 fand im Berliner Abgeordnetenhaus die Auftaktveranstaltung des Helene-Weber-Mentoring-Programms 2014 statt. Es trafen sich dort Mentorinnen sowie Mentees, um sich kennenzulernen. Außerdem wurden uns die Programminhalte vermittelt. Wozu gibt es dieses Mentoringprogramm? „Das Mentoringprogramm ist zentraler Bestandteil des Helene-Weber-Kollegs und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit der EAF (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.) durchgeführt. Es soll kommunalpolitisch interessierte und engagierte Frauen in ihrer politischen und persönlichen Standortbestimmung und Weiterentwicklung unterstützen und an die Über-

nahme politischer Mandate, Ämter und Funktionen heranführen. Darüber hinaus verfolgt das Programm das Ziel, den generationen- und parteiübergreifenden Austausch und den „Netzwerk-Gedanken“ unter Politikerinnen zu fördern. Ich habe mich zur Teilnahme an diesem Programm als Mentorin zur Verfügung gestellt. Dabei spielt die Parteizugehörigkeit keine Rolle. Mir wurde eine junge Unternehmerin aus Berlin als Mentee zur Seite gestellt, die gesellschaftlich hauptsächlich für Neugründungen von Unternehmerinnen aktiv ist. Sie kommt aus Brandenburg und wohnt z. Z. in Berlin. Gern möchte sie wieder nach Brandenburg zurück und ist schon sehr gespannt, unsere schöne Uckermark kennenzulernen. Dieses Mentoringprogramm läuft bis November 2014. In

dieser Zeit werde ich sie zu verschiedenen Veranstaltungen mitnehmen und ihr so praktisch politische Arbeit näher bringen und sie als Einsteigerin in die Politik bei ihrem politischen Werdegang unterstützen. So wird sie an Ausschusssitzungen vom Kreistag oder Gemeindevertretersitzungen teilnehmen. Ich möchte ihr meine 15 Jahre kommunalpolitischen Erfahrungen näher bringen. Interessant ist für sie auch der Wahlkampf zur Wahl in die Gemeindevertretung oder den Kreistag. So erlebt sie alles hautnah. Ich freue mich auf die Herausforderung und hoffe, dass ich am Ende dieses Mentoringprogramms eine junge Frau für die politische Arbeit gewinnen werde.

Madlen Bismar

Leserbrief „Zeitzeugen brechen ihr Schweigen“ (MOZ 11./12.01.2014)

Ich bin 80 Jahr alt und Zeitzeuge auch jener Zeit, die dort beschrieben ist.

Mir ist es über, die ständigen Diffamierungen wie „Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur“ sowie das in den Vordergrundstellen von Straftätern zu ertragen.

Die DDR entstand nach den verheerenden und menschenverachtenden Gräueltaten der Deutschen im 2. Weltkrieg und durchlief einen Prozess – aus kapitalistischer Herrschaft zu einer Gesellschaft zu gelangen, die das Gemeinrecht vor private Eigeninteressen stellt. Diesen Prozess unter ständiger Einwirkung des Gegners im „Kalten Krieg“ zu führen erfordert natürlich problematische Veränderungen in den Köpfen im Verhalten und Gesellschaft.

Wenn wir nach 40 Jahren vom real existierenden Sozialismus sprechen, ist das kein Kommunismus aber Rechte der

Bürger auf Bildung, Arbeit, Wohnung, kostenlose soziale Sicherung und anderes mehr, die ja erreicht wurden.

Wenn ich in einer Gesellschaft lebe, wo ich die erreichten Rechte in Anspruch nehme, kann ich auch vom Bürger erwarten, dass er mit eigenen Leistungen das vergütet und nicht nur als Nutznießer auf Kosten seiner Mitmenschen, Eigeninteressen in den Vordergrund stellt.

Wenn es nun um bestrafte ehemalige Armeeingehörige geht, so sind das Bürger, die wehrpflichtig und vereidigt sind. Sie haben Disziplinarstrafen auf Grund mehrere Verstöße erhalten, die die Gefechtsbereitschaft oder das Zusammenleben in der Dienstzeit gefährden.

In den Dienstvorschriften der NVA gab es keine Grundlagen, die die Menschenrechte verletzen. Nach eigenen Angaben der Bestraften, kam es zu provozieren-

den Verhalten gegenüber Wachpersonal oder Sabotage im Produktionsprozess. Das führte natürlich zu weiteren Bestrafungen, die mitunter in Arrestzellen abgeleistet werden mussten. Haben sich Soldaten gegenüber Gefangenen verhalten, so wurden diese ebenfalls zur Rechenschaft gezogen.

Die Unterbringung erfolgte für die Disziplinarbestraften wie unter kasernierten Bedingungen in Kompaniebereichen mit freiem Zugang zu anderen Stuben. Eine Unterbringung unter den unmenschlichen Bedingungen, wie im Artikel behauptet, widerspricht jeder Realität.

Ich erwarte auch von der MOZ eine sachlichere Berichterstattung zum Sachverhalt.

Christian Müller
Lindenallee 48
16303 Schwedt

Termine

Mitgliederversammlung, 22. Februar, Rathausaal

Fraktionssitzung, 24. Februar, Fraktionsraum

Stadtvorstand, 27. Februar, Fraktionsraum

SVV Schwedt, 27. Februar

Kreismitgliederversammlung, 01. März

Frauentagsfeier, 08. März, KOMM

Zitat

"Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechts wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein."

Clara Zetkin auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris 1889

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

03.03.14 Hedwig Gotzlick zum 90. Geburtstag

21.02.14 Jürgen Zibolsky zum 75. Geburtstag

Desweiteren gratulieren wir:

16.02.14 Elfie Lutz zum 61. Geburtstag

20.02.14 Susanne Wienholz zum 79. Geburtstag

22.02.14 Willi Muhs zum 79. Geburtstag

25.02.14 Irmtraut Giel zum 63. Geburtstag

25.02.14 Heidrun Schüler zum 62. Geburtstag

26.02.14 Rita Grünberg zum 79. Geburtstag

27.02.14 Katrin Steguhn zum 49. Geburtstag

05.03.14 Gerd Kling zum 76. Geburtstag

05.03.14 Axel Kühn zum 51. Geburtstag



M. Großmann / pixelio.de

UND ZUM GUTEN SCHLUSS...

... eine gute Nachricht gleich zum Jahresbeginn. Seit dem 1. Januar 2014 beziehen Brandenburgs Landesbehörden, Hochschulen und öffentliche Einrichtungen ihren Energiebedarf zu 100% aus regenerativen Quellen. Bisher lag die Versorgungsquote bei 73 Prozent. Geliefert wird der Strom von den Stadtwerken Potsdam und Cottbus. Insgesamt werden 116 Millionen Kilowattstunden jährlich abgenommen. Durch die Vollversorgung mit Ökostrom kann die Landesverwaltung ihren Kohlendioxid-Ausstoß noch weiter senken.

Aus dem DIE LINKE. Brandenburg - Newsletter 2/2014

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 03/2014: 10.03.14, Abholtermin: 14.03.14

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE

LINKE. Schwedt

Tel./Fax: (03332) 31928

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam

Gestaltung:

P.Born, D.Meyner

Druck:

L.Schüler

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE

LINKE. Schwedt

Sprechzeiten und Kontakte

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo-Fr 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 24.02.14, 10-12 Uhr und 16-17 Uhr

Mo, 03.03.14, 10-12 Uhr und 16-17 Uhr

Fraktion DIE LINKE

vor Ort in den Wahlkreisen

Postanschrift: Auguststraße 2, 16303

Schwedt

Internet-Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

schwedt@dielinke-uckermark.de

DIE LINKE Schwedt/Oder Fraktion

SSV

fraktionschwedt@dielinke-uckermark.de

Webseite:

<http://www.dielinke-uckermark.de>

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!